

10 Formen der Handelsliberalisierung

- a) Erläutern Sie die Abkürzungen EFTA, FIFA, GATS und EWR. Sie können sich über das Internet mit diesen Abkürzungen vertraut machen.

Begriff

EFTA

FIFA

GATS

EWR

- b) Kreuzen Sie die zutreffende Form der Handelsliberalisierung an.

	multi-lateral	regional	bilateral
Welthandelsorganisation WTO	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nordamerikanisches Freihandelsabkommen NAFTA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vertragspaket zwischen der EU und der Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
EFTA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FIFA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
GATS	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
EWR	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11 Wirtschaftliche Integration

Kreuzen Sie für die folgenden Länder die zutreffende Form der wirtschaftlichen Integration in Europa an.

	Freihandels-zone	Zollunion	Binnenmarkt	Währungs-union	Vollständige Wirtschafts-union
Liechtenstein	<input type="checkbox"/>				
Schweden	<input type="checkbox"/>				
Schweiz	<input type="checkbox"/>				
Irland	<input type="checkbox"/>				
Norwegen	<input type="checkbox"/>				

12

Schweizer Aussenwirtschaftspolitik

Beschreiben Sie drei positive Wohlfahrtseffekte der internationalen Arbeitsteilung am Beispiel der Schweiz.

1.

2.

3.

13

Schweiz und europäische Integration

a) Warum ist das Verhältnis zur EU die wichtigste aussenpolitische Frage für die Schweiz?

b)

Was ist mit dem «bilateralen Weg der Schweiz» gemeint?

c)

Welches sind Ihrer Meinung nach die zwei wichtigsten wirtschaftlichen Vor- und Nachteile eines möglichen EU-Beitritts der Schweiz?

Vorteile

Nachteile

14

Wirtschaftliche Effekte der Integration eines Landes

«Die wirtschaftliche (regionale) Integration eines Landes führt zu positiver Handelsschaffung, aber auch zu effizienzmindernder Handelsumlenkung.»

Erläutern Sie diesen Satz ausführlich

15

Fallstudie: Krise der Hypothekarbanken in den USA

Auf der folgenden Seite werden globale Wirtschaftszusammenhänge in einer Grafik aufgezeigt. Ab August 2007 herrschte auf der ganzen Welt eine grosse Verunsicherung. Zur Inflationsbekämpfung hatte die amerikanische Zentralbank «Fed» die Zinsen mehrfach erhöht. Die US-Geschäftsbanken zogen nach, die Hypothekarzinsen stiegen.

Das ist der Ausgangspunkt der Grafik. Als Folge der steigenden Zinsen konnten immer mehr Hauseigentümer in den USA die Hypothekarzinsen nicht mehr bezahlen. Die Banken reagierten und wurden vorsichtiger bei der Kreditvergabe. Dies traf die Hedgefonds* doppelt: Sie hatten US-Hypothekarkredite von US-Geschäftsbanken übernommen und mussten für ihre eigenen Kredite höhere Zinsen bezahlen.

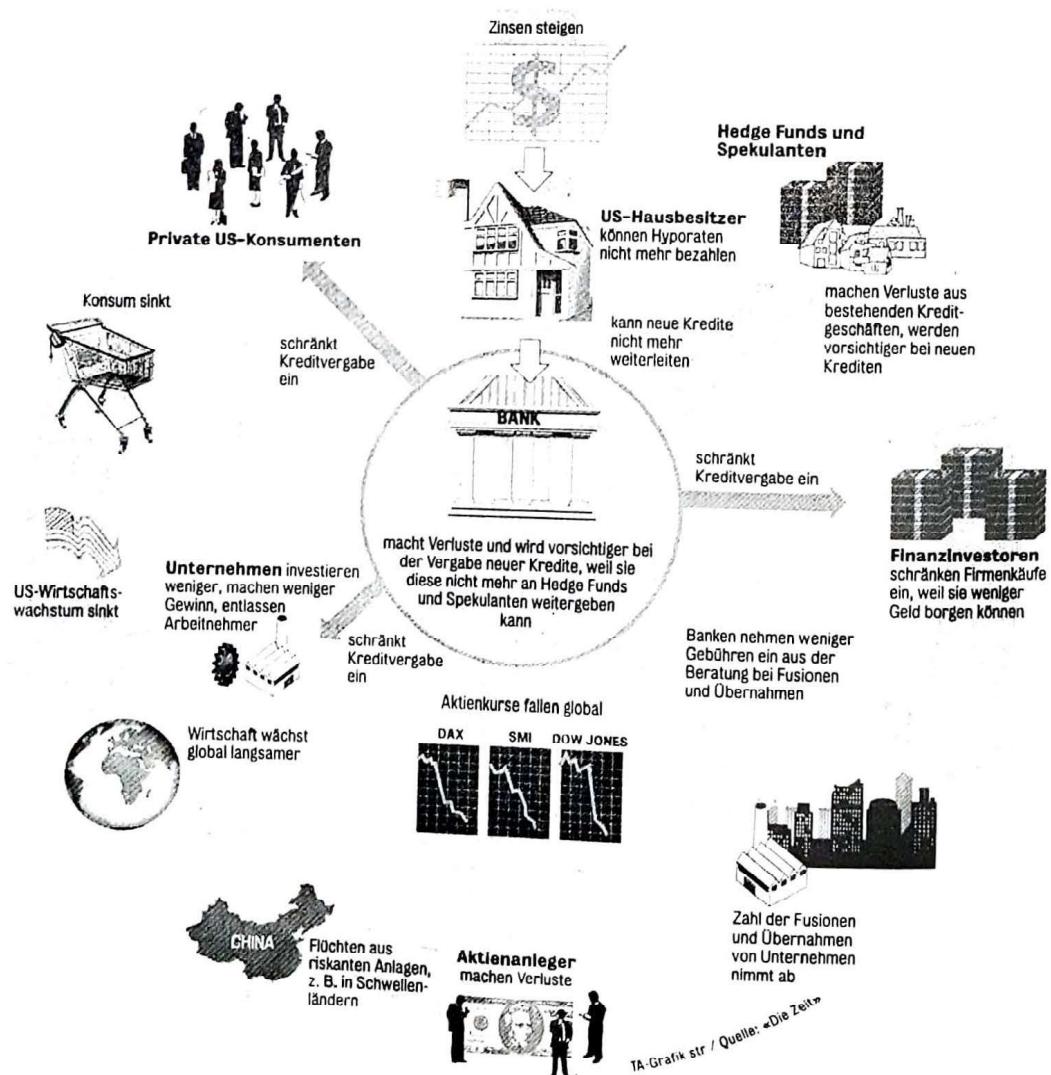
* Private Anlagegemeinschaft, die an den globalen Kapitalmärkten agiert, sich an absoluten Renditen orientiert und einen raschen Vermögenszuwachs anstrebt. (Quelle: UBS Bankfachwörterbuch)

Starten Sie bei den US-Hausbesitzern, die die Hypothekarzinsen nicht mehr bezahlen können. Notieren Sie auf einem separaten Blatt, wie die verschiedenen wirtschaftlichen Akteure darauf reagiert haben. Beurteilen Sie die Folgen für die Konjunktur in den USA und in der übrigen Welt.

Das Netzwerk zeigt viele Zusammenhänge aus dem Buch auf. Schreiben Sie bei Unklarheiten Ihre Fragen zum Netzwerk auf.

Die folgenden Begriffserläuterungen (Quelle: de.wikipedia.org) können Ihnen bei der Erklärung der Zusammenhänge helfen:

- Als **Finanzinvestor** gilt eine Person, eine Gesellschaft oder ein Finanzinstitut, das Anteile an einem Unternehmen erwirbt, mit der alleinigen Zielsetzung, sein eingesetztes Kapital zu erhöhen.
- Ein **Schwellenland** ist auf dem Weg vom Entwicklungsland zum Industrieland. In diesem Stadium ist ein Schwellenland durch einen weitgehenden Umbau der Wirtschaftsstrukturen gekennzeichnet, der von der Agrarwirtschaft zur Industrialisierung führt; typische Schwellenländer sind: China, Indien, Brasilien, Mexiko.



Quelle: «Tages-Anzeiger», 15. August 2007

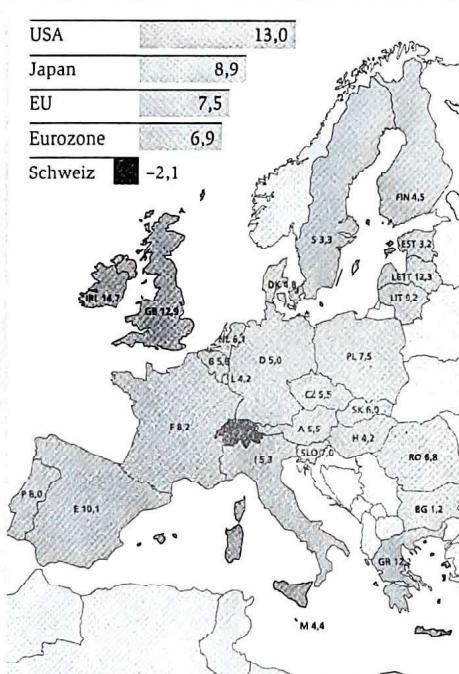
16

Fallstudie Finanzkrise, Staatsverschuldung und Euro

Die Finanzkrise in den Jahren 2008–2010 ist in vielen Ländern mit umfangreichen staatlichen Konjunkturprogrammen und Massnahmen zur Stützung von bedrohten Banken bekämpft worden. Dies hat eine starke Zunahme der Verschuldung der meisten Industriestaaten bewirkt. Der «Tages-Anzeiger» hat am 25. März 2010 ein Dossier mit folgenden Grafiken veröffentlicht:

Die Hälfte der EU-Staaten ist stärker verschuldet als erlaubt**Erwartetes Budgetdefizit 2010 in % des Bruttoinlandprodukts**

Maastrichter Vorgaben = < 3 %

**Erwartete Staatsverschuldung 2010 in % des Bruttoinlandprodukts**

Maastrichter Vorgaben = < 60 %

Griechenland	124,9	Polen	57,0
Italien	116,7	Lettland	48,6
Belgien	101,2	Finnland	47,4
Portugal	84,6	Schweden	43,6
Irland	82,9	Slowenien	42,8
Frankreich	82,5	Litauen	40,7
GB	80,3	Tschechien	40,6
Ungarn	79,8	Slowakei	39,2
Deutschland	76,7	Dänemark	35,3
Österreich	73,9	Rumänien	27,4
Malta	70,9	Luxemburg	16,4
Spanien	66,3	Bulgarien	16,2
Niederlande	65,6	Estland	10,9
Zypern	58,6		
Japan	227,0		
USA	93,6		
Eurozone	84,0		
EU	79,3		
Schweiz	41,4		

Quelle: «Tages-Anzeiger», 25. März 2010

EU-Mitglieder, die den Euro einführen wollten, mussten sich an bestimmte Stabilitätskriterien halten:

- Die jährliche Neuverschuldung (erwartetes Budgetdefizit) darf nicht höher als 3 % des Bruttoinlandprodukts sein.
- Der gesamte Schuldenbestand des Staates (erwartete Staatsverschuldung) darf nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandprodukts betragen.

- a) Begründen Sie mit den entsprechenden Zahlen, weshalb es am 26.3.2010 einen EU-Gipfel zur Krise des Euro gab und Griechenland im Zentrum der Diskussion stand.

- b) Wie steht die Schweiz in Bezug auf die Verschuldung im Jahr 2010 da?

- c) Wie beurteilen Sie die Lage von Japan und den USA?

- d) Unten sind zwei weitere Artikel aus der Dokumentation des «Tages-Anzeigers» vom 25. März 2010 abgedruckt.
Lesen Sie die Artikel und beantworten Sie danach die Fragen auf der nächsten Seite.

Schweiz

Euro-Schwäche gefährdet die Schweizer Konjunktur

Ein Wechselkurs von 1.40 Franken «tut vielen Unternehmen weh», warnt der Industrieverband Swissmem.

Von Robert Mayer

Wird die Schweizer Wirtschaft Opfer ihres eigenen Erfolgs? Im europäischen Vergleich hat sie die jüngste Rezession schneller abgestreift als ihre Nachbarn. Zudem wächst sie schneller, und nicht zuletzt ist die staatliche Schuldenlast hierzulande weitaus geringer. Dies alles macht die Schweiz zu einem lohnenden Ziel für Investoren – trotz der tiefen Kapitalmarktzinsen.

Der Aufwertungsdruck auf den Franken ist damit aber noch nicht gänzlich erklärt. Im gegenwärtigen Wechselkurs zum Euro von unter 1.43 Franken wider spiegelt sich eben nicht nur die (relative) Stärke der Schweizer Wirtschaft, sondern auch die schwerste Krise des Euro in seinem über elfjährigen Bestehen. Und solange sich die 16 Euroländer nicht klar darauf festlegen, ob und wie sie – allenfalls zusammen mit dem Internationalen Währungsfond – dem finanziell bedrängten Griechenland zu Hilfe eilen, wird die Schwäche des Euro andauern.

Nationalbank stösst an Grenzen

Diese Konstellation stellt die Schweizerische Nationalbank vor eine kaum lösbare Aufgabe. Seit gut einem Jahr ist es ihre erklärte Politik, einer «übermäßigen Aufwertung des Frankens entschieden entgegenzuwirken». Die Währungshüter wollen damit das Risiko eindämmen, dass unsere Wirtschaft in eine deflationäre Spirale mit sinkenden Preisen, schrumpfender Nachfrage und einbrechender Produktion gerät. Ihren Worten haben sie seither verschiedentlich Taten folgen lassen, indem sie am Devisenmarkt intervenierten und Franken gegen Euro verkauften.

Bis letzten Dezember hat die Nationalbank auf diese Weise den Wechselkurs über der Marke von 1.50 Franken gehalten. Doch seither ist der Kurs stetig gesunken und hat in der Nacht zum Mittwoch mit 1.4232 Franken ein neues Allzeitminimum erreicht. Etliche Ökonomen rechnen nun mit einem weiteren Rückgang bis auf 1.40 Franken – allein schon, so vermuten sie, weil der Markt die neue Schmerzgrenze der Nationalbank testen wolle.

Spanien

Zweifel an den Finanzmärkten

Spanien fordert Solidarität mit Griechenland. Dahinter steckt auch Eigeninteresse.

Von Martin Dahms, Madrid

Niemand hörte auf Miguel Boyers Cassandra-Rufe. Der frühere spanische Wirtschaftsminister sah kurz vor dem Start der Währungsunion gewaltige Probleme auf Spanien zukommen. Durch den Verzicht auf flexible Wechselkurse, sagte er in einem Zeitungsinterview 1996, «würden wir die Möglichkeit verlieren, Fehler bei Preisen und Löhnen zu korrigieren, und müssten dies dann mit mehr Arbeitslosigkeit bezahlen».

Doch die Teilhabe an der europäischen Einheitswährung war eine Frage der nationalen Ehre. Spanien erfüllte die Maastricht-Kriterien und war von Anfang an dabei. Und profitierte: Historisch niedrige Zinsen heizten die Bauwirtschaft an, die Gesamtwirtschaft wuchs, bis das spanische Pro-Kopf-Einkommen das italienische überflügelte. Das war das spanische Wunder. Und dann, mit mehr als einem Jahrzehnt Verspätung, behielt Boyer doch noch Recht: Die Immobilienblase platzierte, und die Arbeitslosigkeit explodierte.

Aber niemand in Spanien erwägt ernsthaft den Ausstieg aus der Einheitswährung. Spanien hat in den Boomjahren gut gehaushaltet, deshalb liegt die Gesamtverschuldung mit 54,3 Prozent noch deutlich unter der deutschen mit 73,1 Prozent. Und deshalb ist aus spanischer Sicht auch nicht einzusehen, warum die spanische Finanzverwaltung für Staatsanleihen eine deutlich höhere Verzinsung anbieten muss als die deutsche. Und deshalb fordert Spanien beim EU-Gipfel Solidarität mit Griechenland: Nicht weil es dem griechischen Schlandrian nacheifert, sondern weil es schlechte Erfahrungen mit den Finanzmärkten macht.

Quelle: «Tages-Anzeiger», 25. März 2010

d1) In welcher konjunkturellen Lage befanden sich die beiden Länder im März 2010?

d2) Warum gab es im Frühjahr 2010 einen massiven Aufwertungsdruck auf den Franken? Welche Folgen könnte ein starker Franken gegenüber dem Euro für die Schweizer Konjunktur haben?

d3) Wie versuchte die Schweizerische Nationalbank (SNB), den Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken zu verringern?

d4) Warum machte Spanien schlechte Erfahrungen mit den Finanzmärkten?

17

Freihandelsabkommen Australien – China

Lesen Sie den folgenden Zeitungsartikel und lösen Sie danach die unten stehenden Aufgaben.

Australien und China mit Freihandelsabkommen am Ziel

Die beiden Länder hoffen auf zusätzliche Milliarden in ihren Handelsbilanzen. Und Peking auf nachhaltigen Eindruck im Westen.

Zehn Jahre haben die Verhandlungen gedauert. Am Montag war es dann so weit. Chinas Staatschef Xi Jinping und Australiens Premierminister Tony Abbott unterzeichneten in der australischen Hauptstadt Canberra ein Freihandelsabkommen, das ihre Amtsvorgänger angestossen hatten. Das Interesse an dem Abschluss hat in den vergangenen zehn Jahren zugenommen. China ist inzwischen die zweitgrösste Volkswirtschaft und benötigt immer mehr Rohstoffe, von denen Australien einen erheblichen Teil liefern kann. Ausserdem weckt auch die wachsende Konsumlust in China Begehrlichkeiten bei australischen Exporteuren.

Beide Seiten schwärmen deshalb von den vielen Milliarden US-Dollar, die künftig die gemeinsame Handelsbilanz aufpumpen sollen. Für die Chinesen ist die Einigung aber auch eine Portion Eigenwerbung nach dem G-20-Gipfel am Wochenende in Australien. In Peking hofft man auf Freihandelsabkommen mit Europäern und Amerikanern. EU und USA sind die wichtigsten Handelspartner der Volksrepublik. Doch Misstrauen hier und Nationalismus dort haben Protektionismus gefördert, statt Barrieren abzubauen.

Peking versucht deshalb, mit vielen bilateralen Abkommen zum Ziel zu kommen. Erst in der vergangenen Woche verkündeten die Ge nossen eine Vereinbarung mit Südkorea. Auch mit Neuseeland, Chile, Argentinien oder der Schweiz haben sich die Chinesen bereits auf freien Handel geeinigt. Doch der grosse Durchbruch fehlt. Globale Industrienormen und zukunftsweisende Technologiestandards können

die Chinesen nicht setzen mit bilateralen Abkommen. Das gilt eher für die Verhandlungen zwischen Amerikanern und Europäern über deren Freihandelsvertrag TTIP oder für das Bemühen der USA und Japans, in das transpazifische Abkommen TTP einzusteigen. Alles jeweils ohne chinesische Beteiligung.

Farmen in chinesischer Hand

Das Abkommen mit Australien unmittelbar nach dem G-20-Gipfel soll im Westen nachhaltig das Bild schärfen, dass freier Handel mit China der eigenen Wirtschaft guttut. Abbott sieht Australien jedenfalls als Gewinner und sprach von der «besten Vereinbarung aller Zeiten». Schon heute ist China wichtigster Handelspartner des Landes. 130 Milliarden US-Dollar betrug das Volumen der Geschäfte, die im vergangenen Jahr zwischen beiden Ländern abgeschlossen wurden. Australiens Landwirtschaft hofft jetzt auf einen neuen Boom.

Einfuhrzölle auf Milchprodukte, Rindfleisch und Wein sollen in den kommenden Jahren gänzlich abgebaut werden. Kritiker sagen, dass ein grosser Teil australischer Milchfarmen ohnehin in chinesischer Hand seien und deshalb kein Australier daran verdienen würde. Die Regierung hält dagegen, dass langfristig Arbeitsplätze gesichert würden, wenn chinesische Konsumenten Wein und Milch aus Australien tränken.

Vor allem privaten chinesischen Unternehmen wird es in Zukunft leichter gemacht, in sensible Sektoren wie Rohstoffe, Telekommunikation, Medien und die Verteidigungsindustrie von Down Under zu investieren. Bislang beträgt der Anteil chinesischen Kapitals an den Auslandsinvestitionen nur 1,3 Prozent.

Quelle: «Tages-Anzeiger», 18. November 2014

- a) Stellen Sie die Vorteile zusammen, die das neue Freihandelsabkommen für die beiden betroffenen Länder hat.

- b) Erläutern Sie die Handelsstrategie von China. Warum ist das Abkommen mit Australien für China nur eine Etappe in seiner Aussenhandelsstrategie?

- c) Welche konkreten wirtschaftlichen Auswirkungen hat das Abkommen für die beiden Länder?

18

Aufgabe des Euro-Mindestwechselkurs durch die SNB

Lesen Sie das folgende leicht gekürzte Interview der NZZ mit Aymo Brunetti vom 21.1.2015. Darin wird auf die Folgen der Aufgabe des Euro-Mindestwechselkurses durch die SNB vom 15.1.2015 eingegangen. Beantworten Sie anschliessend die unten aufgeführten Fragen.

Was der Bundesrat nun tun und lassen sollte

*Analyse des früheren Bundes-Chefökonomen
Aymo Brunetti zum Frankenproblem*

Am Mittwoch (21.1.2015) diskutiert der Bundesrat über die Folgen des Nationalbank-Entscheids und die Wachstumspolitik.

Aymo Brunetti, der frühere Chefökonom des Bundes, sagt im Interview, was die Politik tun kann – und was sie nicht machen sollte.

Was ist von der Wechselkursfreigabe durch die Nationalbank zu halten?

Der Entscheid ist gefällt. Es hat jetzt keinen Sinn, darüber zu spekulieren, ob es ein guter oder schlechter Entscheid war. Man kann nicht mehr zurück. Zudem liessen sich die Folgen des Entscheids heute auch noch gar nicht beurteilen.